Nationales Begleitgremium
FÜR EIN FAIRES VERFAHREN

Berlin, 13. Dezember 2021

Pressemitteilung Nr.: 29/2021

Endlagersuche für Atommüll

Nationales Begleitgremium präsentiert Gutachten zu Gebieten zur Methodenentwicklung

Neben seinem Recht auf Akteneinsicht im Standortauswahlverfahren kann das NBG eine Sachverständigengruppe von Geologen einsetzen. Diese dürfen unter Verschluss befindliche geologische Daten einsehen und bewerten. Das betrifft Daten, die noch nicht veröffentlicht sind oder generell nicht veröffentlicht werden. Auf der 57. Sitzung des NBG am 10. Dezember 2021 wurden vier Gutachten zu den von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ausgewählten sogenannten „Gebieten zur Methodenentwicklung" vorgestellt.

Nachdem die BGE im September 2020 den Zwischenbericht Teilgebiete veröffentlicht hat und die Fachkonferenz Teilgebiete im August 2021 zu Ende ging, steht nun der nächste Schritt des Standortauswahlverfahrens an. In diesem müssen die 90 Teilgebiete – immerhin 54 % der Fläche Deutschlands – auf die Gebiete eingegrenzt werden, die in der anschließenden Phase weiter auf ihre Eignung als möglicher Endlagerstandort hin erkundet werden sollen. Die BGE muss zum Zweck der Einengung die sogenannten repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) auf die ausgewiesenen Teilgebiete anwenden.

Gebiete zur Methodenentwicklung gut geeignet, Kommunikation dazu kritikwürdig

Um die dafür erforderlichen geowissenschaftlichen Methoden zu entwickeln und zu erproben, hat die BGE vier Gebiete zur Methodenentwicklung (GzM) ausgewählt. Diese liegen in den vier Wirtsgesteinen und ihre Auswahl stellt nach Angaben der BGE keine Vorfestlegung für eine besondere Eignung als Endlagerstandort dar. Im Fokus der vom NBG beauftragten Gutachten stand die stichprobenartige Überprüfung der vier Gebiete in den Wirtsgesteinen Kristallin, Ton, Steinsalz (flache Lagerung) und Steinsalz (steile Lagerung).

Unzureichende Datenlage und ausstehende Digitalisierung sind problematisch

Die Sachverständigen kommen für alle vier Gebiete zum Ergebnis, dass diese gut geeignet sind, um die Methoden zu entwickeln. Allerdings wird die öffentliche Kommunikation der Auswahl der Standorte deutlich kritisiert. Da die Gebiete aber aus fachlicher Sicht geeignet sind, wird auch das bei der Auswahl selbst wenig transparente Vorgehen der BGE als unschädlich für das Verfahren angesehen. Die unzureichende Datenlage und insbesondere die ausstehende Digitalisierung großer noch nicht berücksichtigter Datenbestände stellen

aus Sicht der Sachverständigen aber das gesamte Verfahren bzw. dessen zeitliche Planung vor große Probleme. Hier liegt ein Handlungsfeld für die neue Bundesregierung.

Pressekontakt

Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium
Venio Quinque
Generalsekretär
Buchholzweg 8
13627 Berlin

Tel.: 030 8903 5655
presse@nationales-begleitgremium.de

Über das NBG

Das Nationale Begleitgremium ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium. Wissenschaftler*innen, Politiker*innen, Studierende, interessierte Bürger*innen – die Bandbreite der Mitglieder spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wider. Ziel ist es, die Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle vermittelnd zu begleiten – unabhängig, transparent und bürgernah.

Dem Gremium gehören nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) 18 Mitglieder an: Zwölf anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden und sechs Bürgervertreter*innen, die von der Bundesumweltministerin ernannt werden. Eine Amtszeit beträgt drei Jahre, zwei Wiederwahlen sind möglich.

Zu den anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehören

- **Prof. Dr. Miranda Schreurs,** Ko-Vorsitzende, Professorin für Umwelt und Klimapolitik, Hochschule für Politik an der TU München, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
- **Prof. Dr. Armin Grunwald,** Ko-Vorsitzender, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident a.D. Freistaat Bayern
- **Klaus Brunsmeier**, ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge**, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz, Mitglied des Rates der EKD
- **Prof. Dr. Rainer Grießhammer**, Chemiker, Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Jo Leinen**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Dr. habil. Monika C. M. Müller**, Studienleiterin für Naturwissenschaften, Ökologie und Umweltpolitik der Evangelischen Akademie Loccum
- **Prof. Dr. Werner Rühm**, Leiter der Arbeitsgruppe „Medizin- und Umweltdosimetrie“ im Institut für Strahlenmedizin am Helmholtz Zentrum München
- **Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Sauerbrey**, Physiker, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf
- **Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister**, Geologin, Lehrstuhl für Angewandte Geologie/Hydrogeologie an der Universität Greifswald
- **Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth**, Geologin, Direktorin des Departments 4 Geosysteme am Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum

Als Bürgervertreter*innen benannt sind

- **Marion Durst**, Diplompädagogin für Physik, Astronomie und Mathematik, Jena/Thüringen
- **Tobias Flieger**, Marktforscher mit Schwerpunkt User Experience, Wiesbaden/ Hessen
- **Annette Lindackers**, Ingenieurin und freie Journalistin, Radebeul/Sachsen
- **Arnjo Sittig,** Student der Politikwissenschaft, Chemnitz/Sachsen
- **Jorina Suckow**, Rechtsreferendarin, Hamburg
- **Dr. Manfred Suddendorf**, Selbstständiger Unternehmensberater und Dozent, Landkreis Nordwestmecklenburg